

Politische Stabilität trotz Krise

Peter Wahl

Es gibt gegenwärtig¹ eine bemerkenswerte Asymmetrie in der Wahrnehmung der Finanz- und Wirtschaftskrise: in der politischen Klasse, in den Medien und in politisierten Sektoren gibt es ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein, das ein Gespür für den historischen Ausnahmecharakter der Situation hat. Demgegenüber wird im Alltagsbewusstsein breiterer Bevölkerungsschichten die Krise als abstrakt und fern der eigenen Lebenswelt wahrgenommen. So wird im *ZDF Politbarometer* vom Mai 2009 die allgemeine Wirtschaftslage zwar von 40% als schlecht eingestuft, die persönliche Lage wurde aber nur von 13% als schlecht bezeichnet. Diese 13% entsprechen jenem Anteil, der durch Hartz IV, Prekarisierung und Armutsentwicklung schon seit 2004, also lange vor der Krise, zu den Verlierern der Schröderschen Reformen gehörten. Wir haben wir es also bisher noch mit einer sozialpolitisch stabilen Lage zu tun.

Bestätigt wird dies durch die Demonstrationen aus Anlass des G20 Gipfel Ende März, sowie die Demonstration des DGB am 16. Mai 2009. 50.000 Demonstranten im März und 100.000 im Mai sind keine Qualität, die über das hinausginge, was man vor der Krise auch hätte erreichen können. Im Gegenteil, zum Höhepunkt der Hartz IV Debatte gingen am 3. November 2003 100.000 Menschen auf die Straße und auf Aufruf des DGB ein halbes Jahr später 400.000. Es zeigt sich, dass es keinen Automatismus zwischen Krise und Zunahme außerparlamentarischer Mobilisierung gibt. Der Druck der Straße, die Veränderung von unten werden zwar immer wieder beschworen, doch vorerst reicht es eben nur zu dieser Beschwörung. Für mehr ist die Zeit nicht reif.

Auch bei den Umfragewerten der Parteien gibt es nur marginale Verschiebungen, wie sie auch in „normalen“ Zeiten vorkommen. Selbst dass die FDP kurzfristig ein Hoch hatte, liegt nicht am Wiedererstarken des Neoliberalismus'. Vielmehr hat die Auseinandersetzung in der Union um das Enteignungsgesetz für die *Hypo Real Estate* dazu geführt, dass das neoliberal orientierte Potential des bürgerlichen Lagers sich nun stärker auf die FDP orientiert.

Die Geschichte wiederholt sich nicht

Auch wenn es ökonomisch Parallelen zwischen der aktuellen Krise und der Weltwirtschaftskrise gibt, politisch ist die Lage heute, anders als 1929, sehr stabil. Das gilt auch international. Selbst in den wenigen Fällen, wo Regierungen stürzten, wie in Island und Lettland,² wurde ein Wechsel in geregelten parlamentarischen Bahnen vollzogen. Die neuen Regierungen rekrutieren sich aus dem etablierten Parteienspektrum. In den USA, wo durch die Subprime Krise ein weitaus breiteres Krisenbewusstsein besteht, trafen Krise und Wahlkampf zufallsbedingt zusammen. War im Juli 2008 der republikanische Präsidentschaftskandidat noch leicht in Führung ge-

¹ Die weitere Krisendynamik und ihre politischen Auswirkungen sind schwer vorherzusagen. Die Krise ist auch eine Krise der professionellen Prognostiker. Von IFW bis zu den „*Fünf Weisen*“ mussten die Vorhersagen immer wieder korrigiert werden – nach unten. Insofern stehen auch die Aussagen dieses Textes unter dem Generalvorbehalt, dass es nicht noch dramatische Wendungen gibt.

² Der Sturz der tschechischen Regierung im April 2009 hatte mit der Krise nichts zu tun.

gangen, so wendete sich mit der Verschärfung der Krise das Blatt zugunsten Obamas. Dass ihm mehr Kompetenz zur Krisenbewältigung zugeschrieben wurde war ein entscheidendes Moment für seinen Wahlsieg. In der Zitadelle des Finanzkapitalismus konvergierte so der allgemeine Wind des Wandels mit der Massenempörung über die Wall Street und wehte Obama in Weiße Haus.

Offenbar ist das System der repräsentativen Demokratie heute weitgehend zu dem institutionellen Rahmen schlechthin geworden, innerhalb dessen auch historische Ausnahmekrisen, wie die gegenwärtige bearbeitet werden und gesellschaftlicher Wandel vonstatten geht. Vermutlich hat auch hier die Globalisierung dazu beigetragen, diesen institutionellen Rahmen zu stärken.

Die politische Stabilität betrifft auch die Gefahr von Rechts. Gegenwärtig gibt es – anders als 1929 - keinen Zuwachs für den organisierten Rechtsradikalismus. Einer der Gründe dafür liegt sicher darin, dass in Deutschland das Protestpotential der prekären Schichten derzeit eher auf die Linkspartei orientiert ist. Ein Faktum von historischer Bedeutung und ein Verdienst dieser Partei, für das die anderen parteipolitischen Lager ihr dankbar sein können.

Außerdem scheinen der Korruptionsskandal um die Kasse der NPD, der Prozess um betrügerische Wahlkampfkostenerstattungen und die Verbotsdebatte nicht ohne Effekt geblieben zu sein. Weder haben die NPD oder vergleichbare Formationen bisher nennenswert Zulauf, noch ist eine außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit zu erkennen, die auch nur im Entferntesten an die Weimarer Zeit erinnert. Dies alles ist keine Garantie dafür, dass sie nicht doch noch zu einer Stärkung der Rechten führt, aber andererseits sollte man auch bei diesen Thema nicht auf eine realistische Einschätzung der Kräfteverhältnisse verzichten.

Fragt man nach Gründen der politischen Stabilität in Zeiten der Krise, so gibt es sicher ein ganzes Bündel davon. Einige werden in den folgenden drei Abschnitten skizziert.

Lektion von 1929 gelernt

Die Finanzkrise hat die meisten Menschen in Westeuropa nicht direkt erreicht. Wer nicht selbst Aktionär ist oder an Finanz- und Kreditgeschäften beteiligt, hat bisher keine unmittelbaren Folgen zu tragen. Denn anders als 1929 ist es den Regierungen gelungen, durch die Rettungspakete den völligen Kollaps des Bankensektors zu verhindern. Damit wurde der durchschnittliche Inhaber eines Girokontos nicht direkt von der Finanzkrise getroffen. Diese Lektion aus 1929 haben die Regierungen gelernt und dieses Mal eine expansive und antizyklische Geld- und Fiskalpolitik betrieben. Gewiss, bei der Ausgestaltung der Programme gab es im Einzelnen skandalöse Auswüchse – etwa wenn Dividenden und Boni mit Steuergeldern finanziert wurden - im Kern aber waren die Maßnahmen richtig und einigermaßen wirksam. Die Schlangen tausender Menschen vor den Banken, die am Schwarzen Freitag 1929 versuchten, ihre Ersparnisse abzuheben, Bilder, die sich in das kollektiven Gedächtnis eingebrannt haben, gab es dieses Mal nicht.³ Und die theoretische Kritik des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes des Kapitalismus dürfte zwar gut und wahr sein, aber dafür, dass diese Wahrheit die Massen ergreift, gibt es derzeit keinen Hinweis.

³ Eine kleine Ausnahme war zunächst die Insolvenz der Royal Bank of Scotland, die dann aber prompt von der britischen Regierung gerettet wurde.

Auch das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft wird durch wirtschafts- und sozialpolitische Instrumente abgefedert. Dazu gehört z.B. die Kurzarbeit, die mit staatlicher Hilfe Massenarbeitslosigkeit vorerst verhindert. Auch dieses Instrumentarium stand 1929 nicht zur Verfügung. Auch die in ihren Größenordnungen beispiellosen Konjunkturprogramme der Industrieländer und Chinas – sonst werden nur in Kriegen solche Ressourcen mobilisiert - puffern die Einbrüche der Realwirtschaft spürbar ab. Auch die spektakulären Rettungsaktionen von *Opel* und von *General Motors* tragen dazu bei, die Krisenfolgen zu dämpfen. Sie haben nicht nur einen ökonomischen Effekt, sondern auch einen politisch-psychologischen. Sie erzeugen den Eindruck von Handlungsfähigkeit der Regierungen, dass sie die Krise im Griff hätten und das Schlimmste zu verhindern in der Lage seien. Das schafft, bzw. bewahrt Vertrauen und gibt Hoffnung. Wut und Empörung werden auf die wirtschaftlichen Funktionseliten abgeleitet. Politisch werden die Kernbelegschaften befriedet. Denn wenn in diesem Milieu soziale Unruhe ausbräche, wäre dies, anders als beim Proletariat, eine ernstzunehmende Bedrohung politischer Stabilität.

Zwar ist auch bei der Ausgestaltung des Krisenmanagements Kritik berechtigt – undemokratische Intransparenz, ökologische Blindheit, protektionistische und entwicklungspolitisch problematische Nebenwirkungen – aber im Prinzip kann von der Linken auch gegen diese Aktionen kein Einwand erhoben werden. Man kann zurecht sagen: das reicht nicht, das löst die grundsätzlichen Probleme des Kapitalismus nicht. Alles richtig, aber diese Maßnahmen grundsätzlich abzulehnen, ist nur möglich um den Preis der politischen Selbstisolierung. Denn trotz der Mängel des Krisenmanagements, wir müssen die Möglichkeit ins Auge fassen, dass damit immerhin das Abgleiten in eine Depression verhindert wurde. Aber selbst wenn es doch noch zu einer Depression kommen sollte, waren nicht die Konjunkturpakete an sich falsch, sondern zu klein dimensioniert.

Diskurswechsel der Eliten und die Dialektik des Erfolgs für die Linke

Die politischen Funktionseliten haben einen deutlichen Diskurswechsel vollzogen. Die Finanzmarktakteure werden z.T. heftig kritisiert. Nicolas Sarkozy will einen „*Kapitalismus der Unternehmer, nicht der Spekulanten*.“⁴ Und wenn es in einem Papier, des der SPD Kanzlerkandidaten und des Finanzministers im März 2009 heißt, „*Wir wollen Finanzmärkte, die ihre dienende Funktion wahrnehmen*.“⁵ dann könnte das wörtlich von Attac stammen. Auch die Abschlusserklärung des G20 in London setzt sich sowohl von dem Washingtoner Gipfel ab, der im November 2008 noch unter der Ägide Bushs stattfand, als auch von der Rhetorik der G8 in den zwanzig Jahren davor. Gewiss, das sind zunächst nur Worte. Und zudem ist Wahlkampf. Aber wenn es richtig ist, dass im Diskurs, also in der Art und Weise wie über Wirklichkeit gesprochen - oder geschwiegen - wird Herrschaftsverhältnisse sedimentiert sind, dann sind diese Veränderungen im Diskurs zwar nicht alles, aber eben auch nicht belanglos. Sie signalisieren eine Verschiebung der diskursiven Kräfteverhältnisse und damit einen Erfolg der Linken.

Natürlich geht es in diesem Kontext nicht darum, wie glaubwürdig dies alles ist, sondern darum, dass es seinen Zweck erreicht, nämlich die Kontinuität der Hegemonie der neoliberalen Funktionseliten zu gewährleisten und die Spielräume der Linken eng zu halten.

⁴ AFP 21.2. 2009

⁵ Frank-Walter Steinmeier Peer Steinbrück. Die Finanzmärkte grundlegend neu ordnen – Unsere Finanzmarktgrundsätze. Berlin Februar 2009

Denn die Dialektik des Erfolgs führt die Linke zunächst in eine Dilemma: ihre tendenziell hegemonialen Positionen werden von denen der Funktionsebenen zunehmend ununterscheidbar. Manche Linke ziehen daraus den kurzen Schluss, ihren Diskurs einfach weiter nach links zu verschieben, um ihn wieder unterscheidbar zu machen. Es findet eine Radikalisierung mit antikapitalistischer Rhetorik statt. Allerdings, im Lichte der oben dargestellten Stabilität, dürfte diese Strategie nicht aus dem Dilemma herausführen.

Entkopplung von diskursiver Hegemonie und politischer Führung

Politische Führung, Hegemonie, beruht nicht nur, ja vermutlich nicht einmal primär, auf einer plausiblen Analyse und überzeugenden Alternativvorschlägen. Es ist ja nicht so, dass die Linke keine Vorschläge hätte. Die Programme liegen vor, zum Teil ebenso klug wie umfassend. Aber sie entfalten keine politische Kraft. Offenbar ist es eine rationalistische Illusion, zu glauben, politische Führung entstünde allein über die kognitive Ebene, durch rationale Entscheidungen. So sind für das politische Verhalten auch emotionale und teilweise irrationale Momente von Bedeutung. Zumindest ebenso wichtig wie Analyse und Programm sind die Ausstrahlungsfähigkeit und das Potential an Vertrauen, das Personen und Organisationen in der Bevölkerung besitzen – oder eben nicht.

Teil der emotionalen Ebenen sind u.a. Abstiegsängste - und bekanntlich wirkt Angst lähmend - Furcht vor Experimenten in unsicheren Zeiten, kulturelle Prägungen durch dreißig Jahre Neoliberalismus, wie Entsolidarisierung, Konkurrenzdenken, individuelle Problemlösungsstrategien etc. Die Linke tut sich allerdings immer noch schwer, einen angemessenen Umgang mit diesen Dimensionen von Politik zu entwickeln.

Aus all diesen Gründen führt die Krise, auch wenn sie die Bestätigung kritischer Gesellschaftsanalyse ist, nicht dazu, dass deren Protagonisten allein schon deshalb auch maßgeblich an politischer Gestaltung beteiligt wären. Insofern erweitert die Krise keineswegs automatisch die Spielräume der Linken, sosehr man das bedauern mag.

Statt des großen Wurfs ist daher vorerst die ernüchternde Fortsetzung beharrlicher Kleinarbeit gefragt, freilich jenseits der eingefahrenen Routinen und Ressorts und zugeschnitten auf die Krisensituation. Aktionismus, das Jagen von einer Demo zur nächsten, ist Kraftvergeudung. Stattdessen sind:

- kompetente und schnelle Aufklärung und Information über die Krise und ihre jeweils aktuelle Manifestationen,
- die Schaffung von Allianzen in die Mitte der Gesellschaft hinein,
- die Unterstützung spontan entstehender betrieblicher und sozialer Proteste,
- Netzbildung europäisch und transatlantisch

unter den gegebenen Bedingungen Eckpunkte einer Strategie, die die schmalen Spielräume auszuschöpfen in der Lage sein könnte. Das erscheint bescheiden, die Schaffung der dafür geeigneten Strukturen und die Umsetzung in praktisches Handeln wäre sehr viel. Ansonsten ist operieren auf Sichtweise nötig. Die Entwicklung kann jeden Moment abrupte Wendungen nehmen. Und dafür gilt die Parole von Prinz Hamlet: „Bereit sein ist alles.“